

Erhard betont Friedenswillen

Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk hat Bundeskanzler Erhard erneut gefordert. In einem Vorwort zum Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1964 unterstrich der Kanzler, daß die Deutschen damit nichts anderes als ihr Recht forderten. „Wir wünschen nichts schmälicher, als mit der Lösung der deutschen Frage Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in der Welt zu mehrer, weil damit zugleich einer der zahlreichen internationalen Spannungsherde ausgeräumt wäre.“

Die unentwegt und immer aufs neue vorgebrachte Forderung nach Selbstbestimmung werde zwar mitunter als unheimlich empfunden und nicht immer gern gehört. Trotzdem „dürfen wir aber nicht aufhören zu mahnen, selbst wenn wir davon überzeugt sind, daß die Regierungen in Paris, London und Washington unverändert zu ihrer Verpflichtung stehen, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen“.

Der Kanzler appellierte an die

Machthaber in Moskau, endlich zu erkennen, wie unheilvoll für Europa und die Welt sich eines Tages die deutsche Spaltung auswirken könnte. Die Deutschen hätten der Politik der Gewalt längst entsagt. „Wir bieten unsere Hand zur Versöhnung allen Nachbarn, zum Segen der Völker Europas und zum Heile der Welt. Das einzige, was wir fordern und zu fordern ein Recht haben, ist die Respektierung der auch von Moskau anderen Völkern zugebilligten Selbstbestimmung.“

Erhard erklärte sich erneut zu

Gesprächen mit der Sowjetunion „auf der Ebene der Regierungschefs“ bereit. Er erinnerte daran, daß die Bundesrepublik in den vergangenen Monaten Anknüpfungspunkte in den Ostblockstaaten gesucht habe, indem es mit Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien Handelsmissionen ausgetauscht und mit Prag Verhandlungen aufgenommen habe. Die weitergehenden wirtschaftlichen und sonstigen Abkommen mit Jugoslawien zeigten, daß Spielraum genug vorhanden sei, wenn nur der gute Wille bestehe.

Bundestagssitzung in Berlin

Vor dem Hintergrund einer kriegerisch aussehenden Kulisse versammelten sich in der Kongreßhalle im Tiergarten die Mitglieder des Deutschen Bundestages zu einer Sitzung, die als normale Arbeitstagung bezeichnet wurde.

Bundestagspräsident Gerstenmaier eröffnete die Sitzung des

Parlaments mit einer Erklärung in der er die deutsche Auffassung unterstrich, daß der Bundestag das Recht habe, in West-Berlin reguläre Sitzungen abzuhalten. 1955, als sich das deutsche Parlament zum erstenmal in West-Berlin versammelt habe, sei es von der Ostberliner Volkskammer mit einem freundlichen



Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in der Kongreßhalle in Berlin

Telegramm begrüßt worden. Inzwischen habe sich die Rechtslage in keiner Weise geändert. Der Bundestagspräsident protestierte gegen die Verkehrsbehinderungen auf den Verbindungswegen und gegen die Errichtung der kommunistischen Sperrmauer. Er schloß die kurze Ansprache mit einem Dank an die westlichen Schutzmächte, die nicht nur die Freiheit der Stadt in kritischen Situationen schützen und damit auch deutsche Rechte mitverteidigten, sondern auch die Gesinnung würdigten, in der die Deutschen auf diesen Rechten beharren. Der Bundestag seinerseits respektierte auf loyale Weise die Rechte der Alliierten, was er in den vergangenen Jahren durch den Verzicht auf normale Plenarsitzungen in Berlin bewiesen habe.

Was auf dem Wege nach Berlin geschah, das ist das Gegenteil aller Entspannung; es ist der kalte Krieg wie in seinen schlimmsten Jahren. Man stelle sich vor: ein Parlament, das jahrelang immer wieder in Berlin arbeitete, in Fraktionen und in Ausschüssen, will nun wieder eine Plenarsitzung in der alten Hauptstadt abhalten. Und plötzlich, auf Befehl der Widerständler aus Pankow, werden die Autos und Lastwagen auf den Autobahnen nach Berlin angehalten. Plötzlich gibt es Manöver gerade dort, wo die Zufahrtsstraßen nach Berlin liegen, und schließlich fliegen auch noch Jagdflugzeuge der Zonenarmee in die Luftkorridore, um den internationalen Flugverkehr zwischen Berlin und dem Westen zu stören.

Wir wundern uns nicht darüber, daß man die Abgeordneten des ganzen deutschen Volkes auf dem Wege nach Berlin schikanieren. Aber wir weigern uns, diese befohlenen Unverschämtheiten eines Terror-Regimes durch die rosa Brille zu betrachten und nach wie vor an das Wunschgerede von der „Entspannung“ zu glauben. Der Kommunismus ist nach wie vor die Gefahr unserer Zeit.

Dieser Satz ist in den letzten Tagen in erschreckender Weise bestätigt worden. Schikane, Wut und blanker Haß schlagen den Abgeordneten entgegen.

Das ganze Entspannungsgerede, alle Redereien von „Klein-

nen“ und „mittleren“ Schritten sind durch die brutalen Maßnahmen des Zonenregimes unglaubwürdig geworden. Was uns begegnet, ist der Kommunismus in seiner alten Machtgier, in seiner Bedenkenlosigkeit, in seinem Zynismus.

Jetzt ist es klar: Das Mißtrauen, mit dem viele Deutsche das Entspannungsgerede dieses und jenseits des Ozeans hörten — es war berechtigt. Die Vorsicht, zu der erfahrene Politiker immer wieder mahnten, —

sie war am Platze. Es gibt keinen Wandel durch Anbiederung. Verträge sind in den Augen der Kommunisten nichts als ein Fetzen Papier, wenn es ihnen darum geht, ihre Macht zu beweisen und mit einer Holzschranke Weltpolitik zu spielen.

Wachsamkeit, so müssen wir wieder und wieder sagen, ist und bleibt der Preis der Freiheit. Der Kommunismus ist nach wie vor die Gefahr unserer Zeit.

Bonner Erklärung zum Pakt Warschau - Moskau

Die Bundesregierung hat gestern mit Nachdruck Verwahrung eingelegt gegen den Teil des neuen polnisch-sowjetischen Beistands- und Hilfspaktes, in dem die Oder-Neiße-Linie als polnische Staatsgrenze bezeichnet wird. Einen ähnlichen Schritt erwartet die Bundesregierung auch von den westlichen Alliierten. Die deutsch-alliierten Besprechungen hierüber sind aber noch nicht abgeschlossen.

In der Erklärung der Bundesregierung zu dem neuen Pakt heißt es, die endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze sei auf Grund des Potsdamer Abkommens einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten. Nur eine freigeählte gesamtdeutsche Regierung sei berufen, für Deutschland eine Entscheidung über einen Friedensvertrag zu treffen. In diesem Zusammenhang erinnerte die Bundesregierung an ihre wiederholten Erklärungen, daß sie eine Lösung der deutsch-polnischen Grenzfrage nur mit friedlichen Mitteln anstrebe. Die Bundesregierung verwahrte sich ferner gegen die Behauptung in dem Vertrag, daß es zwei deutsche Staaten gebe. „In Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit aller Staaten“ stellte sie fest, „daß die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands kein Staat ist.“

In Bonn sieht man mit einiger Spannung der alliierten Erklärung zum polnisch-sowjetischen Vertrag entgegen. Es gilt zwar als sicher, daß die Westmächte die Bundesrepublik bei ihrem Widerstand gegen die Zweistaaten-Theorie mit Nachdruck unterstützen werden. Aber hin-

sichtlich der deutsch-polnischen Grenzfrage weiß man, daß im westlichen Lager der Wunsch immer stärker wird, die Deutschen sollten die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. Es ist deshalb von einiger Bedeutung, wie die Alliierten sich jetzt offiziell verhalten werden.

64 Mill. DM ERP-Kredite für Berlin

Der Berliner Investitionsausschuß unter Vorsitz eines Vertreters des Bundesschatzministeriums hat der Berliner Wirtschaft für zahlreiche größere Investitionsvorhaben, bei denen der ERP-Kreditanteil jeweils über 0,5 Mill. DM liegt, 64 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Hierin sind auch Mittel für die Förderung der Filmindustrie enthalten. Mit den bereitgestellten Mitteln sollen Gesamtinvestitionen von rund 155 Mill. DM ermöglicht werden, wie das Bundesschatzministerium mitteilt. Als zusätzliche Vergünstigung hat die Berliner Industriebank AG bei mehreren Einzelvorhaben in beachtlichem Umfang zinsverbilligte Kapitalmarktgelder in Aussicht gestellt.

CDU-Parteitag in Düsseldorf

Wiedervereinigung vorrangig

Unsere außenpolitischen Ziele normiert das Grundgesetz; die Wiedervereinigung des Vaterlandes und die Einigung Europas. Alles Gewalttame scheidet aus rechtlicher Verpflichtung wie aus eigener Einsicht als Möglichkeit unserer Politik aus.

Der Kampf zwischen Kommunismus und freier Welt wird in Europa entschieden. Er ist ein Krieg ohne Waffen, aber nicht etwa eine kampflöse Zeit. Es geht um die Gehirne und um Positionen. Die Waffen und Methoden erfassen das Ganze der Gesellschaft. Warum wird das in Europa entschieden? Weil alle Europäer wissen, was Freiheit ist. Auch die Europäer wissen das, die jetzt von Kommunisten regiert werden.

Aus dieser Sicht gewinnt die deutsche Frage den Rang eines Weltproblems; und eben deshalb wird die Antwort hierauf epochal im weltgeschichtlichen Sinne. Die deutsche Frage und die Verantwortlichkeit der Großmächte zu ihrer Lösung gibt uns zugleich Chance und Pflicht, die westlichen Mächte, ja vielleicht alle Großmächte, über diese konkrete Frage wieder näher zusammenzubringen.

● Wir halten fest an der Viermächte-Verantwortung.

● Wir wollen nicht wählen zwischen unseren Freunden.

● Wir wollen im Dienste der Freiheit und Europas dem Status quo widerstehen und ihn überwinden.

● Wir wollen ein vereintes Europa als atlantischen Partner.

● Wir wollen gemeinsam einwirken auf die Realitäten im kommunistisch beherrschten Teil Europas.

Wir können nicht so tun, als ende Europa an Mauer und Todesstreifen mitten in Deutschland; als gehe uns das Schicksal der Völker Ost- und Mitteleuropas nichts an; als sei die kommunistische Herrschaft über diese Völker Europas nicht auch eine Folge Hitlers. Wir sind diesen Völkern verpflichtet.



13. Parteitag fand in der Kongreßhalle in Düsseldorf statt

Mao verlangt Schuldbekennnis des Kreml

Die rotchinesische Führung verlangt gleichzeitig ein umfassendes wjetisches KP.

Die chinesischen Kommunisten beschuldigten die neue Moskauer Führung einer dreifachen Heuchelei. Moskau gebe sich als antimperialistisch aus, in Wirklichkeit habe es vor dem amerikanischen Imperialismus kapituliert, es gebe vor, revolutionär zu sein, habe die Revolution in Wirklichkeit aber verraten, es lege Lippenbekenntnisse für die Einheit ab, habe die Einheit in Wirklichkeit aber zerbrochen.

Die Moskauer Führung tue noch immer, was Chruschtschow

verlangt in ihrer Erklärung Schuldbekennnis der so-

getan habe, sie habe nur die Schilder gewechselt, in Wirklichkeit aber noch verschlagene Methoden zur Entwicklung des Chruschtschowismus und dessen Revisionismus, Großmacht-Chauvinismus und Spaltertätigkeit angewandt, Moskau habe sich mit dem Imperialismus gegen den Sozialismus, mit den USA gegen China und die anderen revolutionären Länder, mit den Reaktionen gegen die nationalen Befreiungsbewegungen und die Volksrevolutionen, mit der Tito-Clique und

Abtrünnigen aller Art gegen die brüderlich marxistisch-leninistischen Parteien und alle den Imperialismus bekämpfenden Revolutionäre gestellt.

Peking betont, die Sowjetunion könne noch in die Reihen der wahren Marxisten-Leninisten zurückkehren, wenn sie:

1. öffentlich erklärt, daß alle Anweisungen für die Einberufung von die Trennung vertiefenden Konferenzen falsch und illegal sind, und öffentlich zugeht, daß die illegale Einberufung der schismatischen Moskauer Konferenz ein Irrtum war.

2. öffentlich und feierlich vor den Kommunisten und den Völ-

kern der Welt zugibt, daß Chruschtschows Revisionismus, Großmacht-Chauvinismus und Spaltertätigkeit falsch sind,

3. öffentlich zugibt, daß alle Worte und Taten der Führer der KPdSU gegen China, Albanien und die KP Japans und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien falsch sind,

4. öffentlich versichert, den Irrtum des Chruschtschowschen Revisionismus aufzugeben und zum Weg des Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus zurückkehrt.

Den am Moskauer Treffen beteiligten 19 kommunistischen Parteien erklärte Peking, daß es nicht die Absicht habe, ihrem Aufruf zu einem Waffenstillstand im chinesisch-sowjetischen Streit Gehör zu schenken. Die chinesische Partei habe das Recht der Erwidmung auf Erklärungen der Moskauer Konferenz. Es sei nicht genug, zu einer Beendigung der öffentlichen Polemik aufzurufen.

Präsident Johnsons Angebot

Präsident Johnson hat die Tür für jede Art von Verhandlungen über eine friedliche Regelung in Vietnam weit geöffnet. Damit wird jedes Verhandlungshindernis beseitigt, das in diesem heimlichen Krieg aus echter Ungewißheit darüber erwachsen könnte, ob die Hilfe des Nordens für die Guerillas tatsächlich aufgehört hat.

Mit seinem Vorschlag für bedingungslose Verhandlungen bietet der Präsident der Regierung in Hanoi — und auch China — eine Möglichkeit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn überhaupt jemand das Gesicht verliert, dann sind es die Amerikaner. Dieses in hohem Maße gerechtfertigte Opfer, wenn es den Weg für eine endgültige Lösung bahnt, sollte seine direkte Belohnung

in der Zustimmung der nicht-kommunistischen Welt finden.

Der Appell des amerikanischen Präsidenten richtet sich jedoch an die Kommunisten. Es gibt nur einen Grund für eine Weigerung ihrerseits, in die geöffnete Tür einzutreten: daß sie nämlich an Verhandlungen nicht interessiert, sondern vielmehr entschlossen sind, die Entscheidung durch Kampf herbeizuführen.

China dürfte fast mit Sicherheit für eine Fortsetzung des Vietnam-Krieges sein und sieht in ihm den Prototyp und den Auftakt für eine schrittweise Subversionskampagne, die ihm schließlich die Vorherrschaft in ganz Südostasien verschaffen würde. Aber durch sein Verhandlungsangebot an jede Regierung oder Gruppe von Regierungen und besonders durch seinen Vorschlag, die Sowjetunion solle sich an seinem Programm für wirtschaftliche Entwicklung beteiligen, erkennt Präsident Johnson an, daß der Kommunismus kein monolithischer Gegner ist. Es ist durchaus möglich, daß Nordvietnam Verhandlungen einer fortgesetzten Zerstörung durch amerikanische Luftangriffe und einer Aufstufung des Krieges, die eine unwillkommene chinesische Armee in das Land bringen könnte, vorzieht.

Anklage Kardinal Wyszyńskis

Der Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, erklärte in Warschau in einer Predigt: „Warum müssen wir Katholiken, die nach Millionen zählen, gemäß dem Wunsch einer Gruppe von Leuten, die über die Macht und die öffentlichen Gelder verfügt, unseren Glauben verleugnen? Die Kirche verlangt, daß mit dem Zwang und alldem aufgeräumt wird, was Angst hervorruft. Sie verlangt, daß wir ungeachtet unserer persönlichen Stellung erklären dürfen, daß wir Katholiken sind. Leider werden gegenwärtig Programme gegen unsere Kinder in den Schulen, in den Gymnasien und in der Armee angewandt, wo man die Disziplin ausnützt, um eine offene atheistische Tätigkeit zu fördern und um den Glauben und den Seelenfrieden zu bekämpfen. Es ist schrecklich zuzusehen, wie man nicht instande ist, zu verstehen, daß die Menschen heute nur den Frieden herbeisehnen. Die Länder, in denen aus ideologischen Überlegungen Programme aufgezwungen werden, sind Ungeheuer. Wo bleiben denn Vernunft, Demokratie und Freiheit? Im Namen

welchen Rechts müssen wir Gott verleugnen? Dies vom Volk zu verlangen, ist eine Ungeheuerlichkeit, die mit Demokratie nichts gemeinsam hat. Wir haben nicht das Recht, zu schweigen, denn das Reich Gottes ist von dieser Welt.“

Wehner zum Ostermarsch

Als „nützliche Hilfstruppen“ Pankows hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner die Ostermarsch-Bewegung bezeichnet. Niemand habe das Recht, die SPD für diese Organisation zu engagieren.

Man könnte die Ostermarschierer nicht in Bausch und Bogen verurteilen, sagte Wehner, da es gewiß auch Idealisten unter ihnen gebe, die glaubten, man könne so dem Frieden dienen. Doch sei es Tatsache, daß in der Ostermarsch-Bewegung kommunistische Einflüsse wirksam seien. Außer gegen die Atombewaffnung in Ost und West demonstrierte die Bewegung auch gegen die Notstandsbewegung in der Bundesrepublik, erwähne aber den Notstand der Unfreiheit in der Sowjetzone nicht.

Obwohl es noch nicht möglich ist, diese Hoffnungen auf eine Lösung genauer einzuschätzen, hat die Rede des Präsidenten eine willkommene Klärung der amerikanischen Ziele erbracht. Er würde in Südostasien gern eine Gruppe unabhängiger Länder sehen, die keiner Kontrolle seitens außenstehender Mächte unterliegen. Die Vereinigten Staaten bieten einen bedeutenden Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, verspüren jedoch keinen Wunsch zur politischen Beherrschung. Aber Hand in Hand mit dieser Erklärung friedlicher Ziele geht eine ebenso klare Warnung, daß Amerika sie weiterhin, falls notwendig, mit seiner ganzen militärischen Stärke verfolgen wird.



Präsident Osman an der Mauer

Somalias Präsident Osman besuchte Berlin

Von den Sowjets stark enttäuscht

Als Führer der stärksten Landespartei, der Somalischen Jugendliga, wurde Osman zum Staatsoberhaupt bestimmt, Somalia erhielt ein Einkammerparlament zur Verfassung. Das Land zählt etwa zwei Millionen Einwohner, die nahezu in Gesamtheit Nomaden sind, ist etwa zweieinhalbmal größer als die Bundesrepublik, kennt keine Industrie und besitzt als einzig nennenswerten Wirtschaftszweig die Viehzucht. Das jährliche Prokopfeinkommen beträgt 160 Mark. Zehn Prozent der Kinder erhalten Schulunterricht.

Die Außenpolitik der somalischen Regierung „verfolgt eine strikte Neutralität“. Somalia ist der EWG assoziiert, unterhält aber zu neun kommunistischen Staaten diplomatische Verbindungen und schloß vor vier Jahren ein Militärhilfeabkommen mit Ägypten ab. Unter dem „proöstlichen“ Ministerpräsidenten Shermarke, der im vergangenen August von dem anscheinend

westlich orientierten Abdrazak Hussein abgelöst wurde, nahm Somalia im November 1963 ein sowjetisches Militärhilfeversprechen in Höhe von 120 Millionen Mark zuzunehmen eines 72-Millionen-Mark-Angebotes an.

Bisher sind die Sowjets ihren Verpflichtungen in einem Umfang nachgekommen, der in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht bei den Somalis eine so herbe Enttäuschung hervorrief, daß sich Parteichef Breschnjew veranlaßt sieht, demnächst in Somalias Hauptstadt Mogadiscio zu pilgern. Der letzte hohe Gast aus dem Westen ist Bundestagspräsident Gerstenmaier gewesen: Die Bundesrepublik leistete bisher 35 Millionen Mark Kapitalhilfe, errichtete eine technische Schule und gab 7,5 Millionen Mark für die Ausbildung und Ausrüstung der somalischen Polizei aus. Die Hilfe für die Polizei gilt als abgeschlossen.

Die Innenpolitik Somalias ist buchstäblich grenzenlos und steht ganz unter dem nationalen Banner, das einen fünfzackigen Stern zeigt: davon stehen zwei für die beiden „integrierten“ Landesteile — die drei übrigen für die halbautonome Enklave Französisch-Somaliland, die Nordprovinz Kenyas sowie für das Haud- und Ogadengebiet Äthiopiens. In diesen Territorien, die Somalia für sich in Anspruch nehmen will, leben insgesamt weitere 975 000 „Somalis“, für deren politisches Selbstbestimmungsrecht Präsident Osman im Hinblick auf einen radikalnationalistischen Clan mit angemessenem Patriotismus eintritt.

BASF mit Ertragszuwachs

In stürmischer Expansion schloß die Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen, das erste Jahrhundert ihres Bestehens ab. Auf stürmische Expansion sind auch die Planungen für den Auftakt des zweiten Jahrhunderts abgestellt. Eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 18,1 %, die von einer beträchtlichen Zunahme des Ertrages begleitet war, eine erneute Stärkung des Rücklagenpolsters, dazu in mutigem Alleingang der Vorstoß auf eine Dividende von 20 (18) % und zwei wertvolle Bezugsrechte für die Aktionäre spiegeln den jugendlichen Elan des Unternehmens wider, das sein hundertjähriges Jubiläum beging.

An der Aufwärtsentwicklung waren alle Arbeitsgebiete beteiligt. Der Absatz von Farbstoffen, dem ältesten Forschungsgebiet der BASF, hat sich im Berichtsjahr kräftig nach oben entwickelt. Das gleiche gilt natürlich für Kunststoffe mit einer mengenmäßigen Zuwachsrate von 28 %. Ein

neuer „hochschlagfester“ Kunststoff, mit dem man sich besonders in der Kfz.-Produktion große Chancen ausrechnet, wurde neu in das Sortiment aufgenommen. Überdurchschnittlich entwickelten sich auch Vorprodukte für vollsynthetische Fasern.

Der Gewinn der BASF vor Steuern wird mit 502 (415) Mill. DM d. h. 20,9 % höher angegeben. Zu diesen 502 Mill. müßten noch 35 Mill. a. o. Zuweisung zur Pensionsrückstellung gezählt werden sowie 7,5 Mill. Kosten der Wandelanleihe, die gegen den Ertrag verrechnet wurden. Nach Abzug von 262 (218) Mill. DM Steuern ergibt sich ein Jahrestüberschuß von 240 (197) Mill. DM. Der Gewinn nach Steuern liegt um 21,8 % über dem des Vorjahres, d. h. er wuchs beträchtlich schneller als der Umsatz.

Im ersten Quartal 1965 hielt die Umsatzsteigerung an. Der Zuwachs lag zwischen 10 und 20 % und erstreckte sich auf alle Bereiche.

Analyse der sowjetischen Wirtschaft

Wirtschaftsprobleme hat es bei allen modernen Staaten seit jeher gegeben und erst recht in jenen Staaten, die zum ersten Male das Experiment der kommunistischen Wirtschaftsdoktrin in die Tat umsetzen mußten. Daß sich hierbei schwere Denkfehler ergeben sollten, lag auf der Hand, und die Geschichte der UdSSR zeigt, wie oft hieran herumgedoktert wurde, und zwar bis heute ohne sichtbaren Erfolg. Auch Chruschtschow hatte manches als fehlerhaft erkannt, aber er scheiterte mit seinen Reformmaßnahmen in der Hauptsache an der schwerfälligen und überdimensionalen Bürokratie. Die neue Führung unter Kossygin und Breschnew will nunmehr konsequent jenen besseren Kurs einschlagen, den ja auch schon Chruschtschow wollte. Außer seinen Maßnahmen unterstrich Chruschtschow in sehr eingehenden Reden seine oft herbe Kritik mit fachlichen Beispielen und gab hierbei Dinge bekannt, die in früheren Zeiten nie genannt werden durften.

China ging einen Schritt weiter

Auch muß man feststellen, daß die neue Regierung sowohl den Staatshaushalt als auch den Wirtschaftsplan weitaus engerherziger erläutert als dies bei Chruschtschow der Fall war. Es will daher scheinen, daß man nun wieder ähnlich wie in Stalins Zeiten über so manche unangenehmen Tatsachen besser schweigt als redet. China ging seit 1959 noch einen Schritt weiter und schwieg völlig. Nun ist bekannt, daß man in kommunistischen Staaten stets dann schweigt, wenn etwas nicht planmäßig abläuft. Also muß sich die beobachtende Welt auf einige Überraschungen gefaßt machen. Um aber solchen Überraschungen einigermaßen vorzubeugen, erscheint eine sachliche Auseinandersetzung mit den maßgebenden Problemen, und zwar hier auf dem Sektor der gesamten Wirtschaft, erforderlich. Es sei bemerkt, daß das hierbei verwendete statistische Material bis zum Jahre 1963 den Statistischen Jahr-

büchern der UdSSR und der UNO entnommen wurde und Ergänzungen an Hand von offiziellen Reden des jeweiligen Ministerpräsidenten und Planungsleiters vorgenommen wurden. Ferner mußte der Verfasser eigene Berechnungen dann anstellen, wenn statistische Angaben zeitlich unterbrochen waren oder Wahrscheinlichkeitswerte erforderlich wurden. Die Angaben über die Entwicklung der Bevölkerung gehen vom letzten amtlichen Status vom 15. Januar 1959 aus und wurden durch den Verfasser fortgeschrieben, wobei allerdings die Gesamtwerte mit jenen übereinstimmen, die von der Sowjetregierung jährlich bekanntgegeben werden.

Probleme der Bevölkerung

Kein Volk der Erde hat so oft und in so erschreckendem Umfange Einbrüche in seine Bevölkerungssubstanz erlebt wie das Sowjetvolk. Es waren dies einmal aktive Verluste durch den ersten Weltkrieg und den Bürgerkrieg, ferner durch politische Morde und sodann durch den zweiten Weltkrieg. Die passiven Verluste entstanden durch hohe Kindersterblichkeit in den Hungerjahren von 1917 bis 1924, ferner von 1930 bis 1935.

Wir stellen fest, daß das Angebot nicht ausreicht, um den Bedarf an Arbeitskräften voll zu befriedigen. Chruschtschow hatte daher noch kurz vor seinem Sturz ernsthaft den Plan erwogen, zur Entlastung des Arbeitsmarktes die 3. Klasse der Landschulen aufzuheben. Dies hätte bedeutet, daß rund zwei Millionen Kinder im Alter zwischen 14 und 15 Jahren vorzeitig entlassen würden. Diese jüngsten Arbeitskräfte aber können, da sie sich sodann in der Lehre befinden, keine produktive Entlastung des Marktes bringen, sondern frühestens nach zwei bis drei Jahren. Es fragt sich daher, aus welcher Kraftreserve die oben berechnete zusätzliche Bedarfsmenge genommen werden könnte. Einmal sind es die männlichen Kräfte über 60 Jahre und zum anderen Frauen über 55 Jahre.

Beide Altersgrenzen sind durch die Rentengesetze festgelegt, d. h. nur fakultativ, aber es ist bekannt, daß der Leistungszustand sowjetischer Arbeitskräfte, vor allem manueller Art, weitaus eher erschöpft ist als in westlichen Industrieländern. Die sowjetische Gesetzgebung wird daher gewußt haben, daß diese Altersgrenzen durchaus angebracht sind, wahrscheinlich liegt die Leistungsgrenze noch unter 60 bzw. 55 Jahren. Daher ist kaum anzunehmen, daß über diese Altersgrenzen hinaus noch nennenswerte Reserven vorhanden sind.

Auf keinem Gebiete der öffentlichen Diskussion wurden so offene Worte gesprochen wie auf dem der Landwirtschaft und Ernährung. Vor allem war es Chruschtschow, der in durchaus sachlichen Auseinandersetzungen Jahr um Jahr auf praktische Maßnahmen hinwies und mit den Bauern in ihrer Sprache reden konnte. Einen derartigen Redner, von dem die Welt vieles erfuhr, was die amtliche Statistik verschwiegen, werden wir aufrichtig vermissen müssen. Dies kam schon in den ersten Regierungserklärungen des neuen Regimes zum Ausdruck. Mit wenigen Sätzen wurde dabei ausgeführt, daß der Ackerbau leicht positive Ergebnisse gezeigt habe, das Zurückbleiben der gesamten Landwirtschaft, vor allem aber der Viehzucht, noch nicht überwunden sei. Man werde daher noch größere Investitionen als in der Vergangenheit unternehmen und auch die vor einem Jahr durch Chruschtschow verfügte Beschränkung der privaten Viehhaltung wiederaufheben, da diese bekanntlich in der Vergangenheit erheblich zum Unterhalt der Stadtbevölkerung beigetragen hatte. Aber Erfolge in der Viehzucht könnten sich nicht bereits innerhalb eines Jahres auswirken, so daß die „ägerliche Fleischknappheit“ auch noch einige Zeit anhalten dürfte. Mehr war nicht zu erfahren. Daher müssen wir, ähnlich wie auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes, auch die Lage

der Landwirtschaft eingehender untersuchen, zumal Kossygin noch nicht einmal genaue Angaben über den Einfuhrbedarf an Weizen, Mehl, Ölsaaten und Fleisch in seiner Rede brachte.

Falls sich die Sowjetunion auf einen Krieg einlassen sollte, kann sie heute — im Gegensatz zum letzten Krieg, in dem die USA die Versorgung von rund 100 Divisionen mit Ausrüstung und hochwertiger Verpflegung übernahmen, die einen Wert von über 11 Mrd. Dollar ausmachten und von der Sowjetunion bis heute noch nicht zurückgezahlt worden sind — auf Hilfe von außen nicht mehr rechnen.

Die Entwicklung des Sozialproduktes

Die globale Entwicklung des Sozialproduktes wird in den alljährlichen Reden über den Wirtschaftsplen erwähnt, nicht aber erläutert, abgesehen von dem Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten. Es werden auch Gesamtergebnisse in Milliarden Rubel genannt. Nach Ablauf des gesamten Siebenjahreszeitraums von 1959 bis 1965 ergibt sich, daß die Steigerungsquoten für das Gesamtsozialprodukt seit 1958 bis 1963 ständig fielen, und zwar um über 50 Prozent. Diese Entwicklung lag aber nicht im Sinne der Planer, so daß durch irgendwelche Manipulationen nunmehr für 1964 und 1965 eine Steigerung auf den eigentlichen Normalsatz von etwa 7 Prozent erreicht werden sollte. Da aber für diese beiden letzten Jahre noch keine Abschlußberichte vorliegen, handelt es sich um Vorbehaltswerte. Dasselbe bezieht sich auf die Steigerungsraten für das Einkommen, dessen reale Zunahme selbst von Chruschtschow noch mit etwa 1,5 Prozent für die letzten sechs Jahre angegeben wurde, und zwar mit dem Hinweis auf die überhöhten Ausgaben für Rüstung und Forschung. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Anhebung des sogenannten Mindestlohnes von 30 auf 40 Rubel ab 1965 hingewiesen bzw. auf die nunmehr

eingeführte Rente für Kolchosbauern von etwas über 25 Rubel im Monat.

Auch der Außenhandel zeigte bereits bis 1963 eine fallende Tendenz des Handels mit „Ländern der Volksdemokratie“, der von 76 Prozent im Jahre 1960 in den wenigen drei Jahren bis 1963 auf 70 Prozent bei der Ausfuhr und von 71 auf 70 bei der Einfuhr fiel und 1964 hier

	1960	1961	1962	1963	1964 a)	1965 a)
UdSSR	752	793	826	848	907	960
BRD	1240	1370	1550	1580	1660	1730
Sowjetunion in Prozent zur BRD	60	58	53	53	54	55

Hieraus geht hervor, daß sich der Abstand der sowjetischen Wirtschaft zu jener der BRD nicht verkleinert, wie es die So-

wjets stets wünschten, sondern stagniert. Von einem Einholen oder gar Überholen des Westens ist nichts übriggeblieben.

Abschließend ein Vergleich mit der Entwicklung der BRD im Hinblick auf das Sozialprodukt in Dollar je Einwohner:

wjets stets wünschten, sondern stagniert. Von einem Einholen oder gar Überholen des Westens ist nichts übriggeblieben.

Zusammenfassende Darstellung

1. Der Arbeitsmarkt ist wie in allen industrialisierten und vor allem vollbeschäftigten Staaten ausverkauft. Reserven können nur in beschränktem Maße freigestellt werden, zumal der erforderliche Rationalisierungsprozeß viel zu lange dauert.

2. Die Ernährungslage ist nach wie vor unbefriedigend, sofern man die Anlage ausreichender Reserven im Auge hat, und dies ist für den Kriegsfall lebensnotwendig.

3. Das Sozialprodukt kann nur dann mit jenem des Westens verglichen werden, wenn der Anteil des Investkapitals um etwa 25 Prozent gekürzt wird, da die Sowjetunion Bruttowerte angibt. Die Leistung je Einwohner ist daher im Vergleich mit dem Westen niedriger als in dieser Untersuchung angenommen.

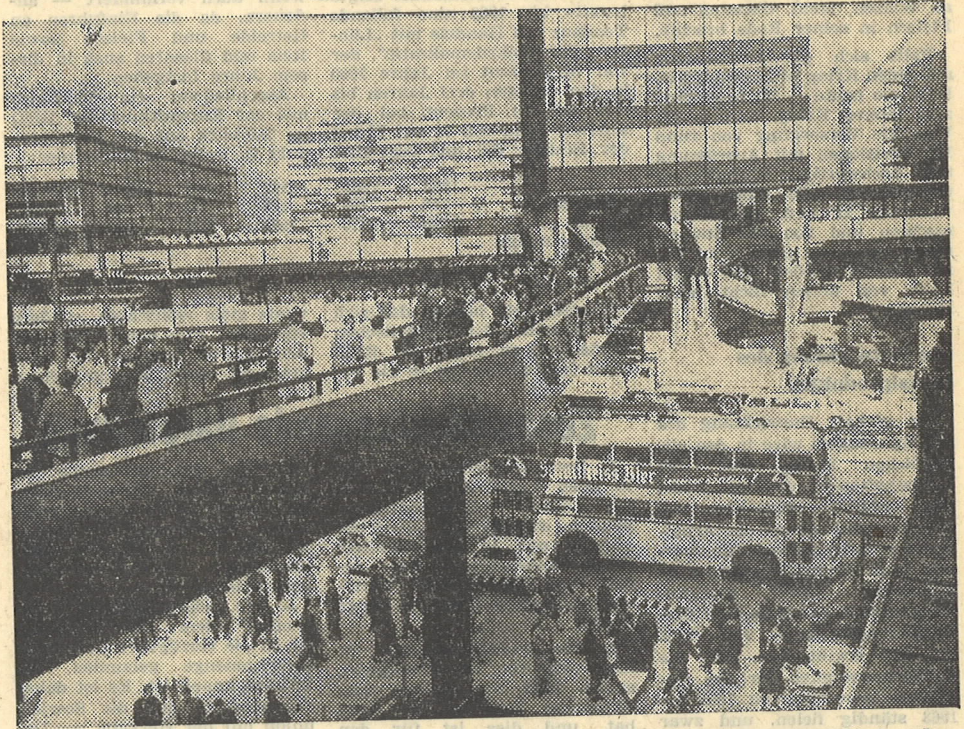
4. Die Industrie befindet sich erneut in einem ideologischen und verwaltungstechnischen Umbruch, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Dieser Prozeß hat aber seine Hauptbedeutung in der Wirkung auf das bisher unantastbare Parteidogma und kann sich daher zwar für die Industrie günstig, aber für die Partei ungünstig auswirken. Jedenfalls beginnt durch die neue Lage in der Industrie ein neuer Abschnitt der kommunistischen Geschichte.

5. Die Finanzgebarung im Innern bleibt undurchsichtig, da eine Währungskontrolle nicht besteht und der Rubel wie alle kommunistischen Zahlungsmittel international nicht konvertierbar ist.

6. Die Leistungsfähigkeit gegenüber dem Devisenaußenland ist an die verfügbare Gold- und Devisenmenge gebunden, die äußerst knapp ist. Es ist daher anzunehmen, daß die Sowjetunion mit der Hergabe von Devisenkrediten in Zukunft weit aus zurückhaltender sein wird als bisher. Aber ebenso muß sie darauf bedacht sein, daß der seit Kriegsende bis heute anhaltende sehr hohe Rubelkredit besonders an Osteuropa abgebaut wird, um die eigene innere Liquidität zu erhöhen.

7. Der Außenhandel ist kein ökonomischer wie in der freien Welt, sondern ein rein politischer, es sei denn, daß es sich um Noteinfuhren von Lebensmitteln wie in den Jahren 1963, 1964 und auch noch 1965 handelt. Da die Sowjetunion wie stets autarke Absichten hegt, kann man auch ihren Außenhandel nicht mit westlichen Maßstäben messen. Er bleibt aber zum mindesten für Osteuropa ein Signal, inwieweit die osteuropäischen Länder sich nach und nach vom sowjetrusischen Außenhandel zu emancipieren bestrebt sind. Nur das ist für den Westen interessant.

Berlin heute



Das „Europa-Center“, ein 90 Meter hoher Wolkenkratzer zwischen der Gedächtniskirche, der Tauentzienstraße und Budapester Straße, ist nach 20monatiger Bauzeit eingeweiht worden. Eine kaum zu überschende Zahl an Geschäften mit einer fast zwei Kilometer langen Schaufensterfront gruppiert sich um die beiden Innenhöfe und um die Ladenetage im ersten und zweiten Obergeschoß. Ein Innenhof mit den plätschernden Fontänen eines römischen Brunnens, ein Blumenmarkt mit Ruhebänken, eine Kunststeinsbahn sind andere Sehenswürdigkeiten in diesem Mammutbauwerk. Zwei Kinos — eines mit 600 und eines mit 1000 Plätzen — sehen ihrer Vollendung entgegen. Das an der Budapester Straße geplante Theater soll einem 300-Betten-Hotel Platz machen.

Der Versandwert der deutschen Maschinenindustrie ist 1964 weiter um 10 (Vorjahr 11) Prozent auf 3,68 (3,43) Mrd. DM gestiegen.

★

Der Umsatz der Textilindustrie in der Bundesrepublik ist in den ersten zwei Monaten 1965 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um über 4 % auf rund 3,34 Mrd. DM gestiegen.

★

Die Deutsche Mark gehört zu den stabilsten Währungen der Welt und ist im internationalen Handels- und Zahlungsverkehr außerordentlich begehrt.

Kurz gemeldet

Die staatlichen Ausgaben für den Straßenbau in der Bundesrepublik werden nur von denen der Vereinigten Staaten übertroffen.

★

Unser System der sozialen Sicherheit wird in der Welt als vorbildlich angesehen. Die Ausgaben für soziale Sicherungen bei uns — gemessen am Volkseinkommen — sind wesentlich höher als in Schweden, England, Italien und den USA.

Der Durchschnitt der Renten für Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik erhöht sich in der Zeit von 1957 bis 1965 um 57 %.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin 42, Siegartweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.